

Rosenbergstrasse 115

Das Bundesamt für Gesundheitswesen ist im Juni 2013 auf eine äusserst originelle Idee verfallen. Mangels wichtigerer Aufgabe will man endlich wieder einmal überprüfen, welcher Medikamentendistributionsweg denn nun wirklich der günstigere sei. Beziehungsweise möchte man endlich nachweisen können, dass die Verkaufsanreize im System der Selbstdispensation (SD) das Gesundheitswesen teuer zu stehen kommen. Wirklich originell. Und irgendwie nachvollziehbar. Die statistische Wahrscheinlichkeit verheisst nämlich, dass, wenn man diesen Sachverhalt jährlich neu überprüft, eines Jahres die Resultate so ausfallen werden, wie von den Initianten gewünscht. Zufällig zwar, aber das interessiert dann niemanden mehr, weil die Resultate dieses einen Jahres zweifellos in die Geschichte des Kampfes der Apotheker und der welschen Politiker gegen die SD eingehen werden, auch wenn sie den Ergebnissen der vorangegangenen zwanzig Jahre diametral entgegenlaufen.



Gut, die bekannten Zahlen so ganz aus eigenem Antrieb nochmals zu überprüfen, diesen Schub will sich das BAG denn doch nicht anziehen. Es verweist auf die Motionen von Frau Diener (Ständerätin Kanton ZH und schweizweit bekannt geworden als jene Gesundheitsdirektorin, die sich während eines Jahrzehnts geweigert hat, den Willen des Zürcher Volkes umzusetzen), Frau Humbel und Frau Meier-Schatz, hinter all denen mehr oder weniger offensichtlich Apothekerinteressen stehen.



Pascal Strupler, Direktor des BAG, Nichtmediziner und deshalb frei von der Last des Wissens um die praktischen Aspekte der direkten Medikamentenabgabe, dafür von 1998 bis 2003 persönlicher Mitarbeiter von Pascal Couchepin, dessen zynisch herablassende Geringschätzung den praktizierenden Ärzten hinlänglich

bekannt ist, lässt die zur Stellungnahme eingeladenen Institutionen wissen, dass bis jetzt ja eigentlich nichts klar sei: «... plusieurs études portant sur divers aspects de la pratique de la pharmacie aient déjà menées, les résultats restent incomplets.» Anders gesagt: Solange in all den Studien nicht herausgekommen ist, was man erwartet, bleibt die «Akte DMA» offen.



Klar ist für Strupler und das BAG: «En effet, la pharmacie implique, telle qu'elle est rémunérée actuellement, des incitations économiques théoriques portant sur choix et la quantité de médicaments prescrits.» Wer also gemeint hat, die über Jahre konsistenten Zahlen der Santésuisse seien überzeugend, ausreichend und eindeutig, hat die Rechnung ohne das BAG gemacht: «... nous allons prochainement mettre au concours un mandat de recherche, qui aura pour but de récolter les données existantes concernant les coûts et les produits liés à la remise de médicaments à charge de l'assurance obligatoire des soins dans les différents canaux de distribution et de les analyser.» Irgendwie scheint einem der Verdacht nicht abwegig, dass das BAG auch jährlich überprüfen würde, ob die Erde nicht doch eine Scheibe sei, wenn das Resultat «Kugel» nicht ins Weltbild seiner Leitung passen würde.



Interessant wird sein, wer das «mandat de recherche» erhält. Als Naturwissenschaftler wissen wir – vermutlich besser als Juristen und Ökonomen, die damit gelegentlich etwas lockerer umgehen – wie wichtig Material und Methodik einer Studie sind und wie sich die Ergebnisse von Untersuchungen, die nicht strikte naturwissenschaftlichen Vorgaben folgen, von ökonomisch interessierten, aber genauso auch von ideologisch vorgespurten Untersuchern manipulieren, zumindest aber interpretieren lassen.



Was tun angesichts dieser in Bundesbern und westlich davon immer wieder neu aufgebrühten, Never-Ending-Story? Man wird sich wohl damit abfinden müssen, dass alle zwei, drei Jahre ein neuer National- oder Ständerat und ein neuer Bundesrat glaubt, er müsse die Fakten neu ordnen und es könne nicht sein, was nicht sein dürfe. Allerdings, es ist mehr als nur Arbeitsbeschaffung für die Beamten des DI (und des BAG). Dahinter stecken handfeste Interessen der SD-feindlichen Einflüsterer einerseits und ein Weltbild – eine Ideologie – andererseits, die dem Arzt als privatem Unternehmer grundsätzlich misstraut und dem Staat grundsätzlich mehr Macht, Kontrolle und Bestimmungsgewalt zubalzen will.



Etatismus ist leider keine Domäne der Linken. Etatismus – der Glaube, das Wirken des Staates sei grundsätzlich gerechter, besser und sozialer (sprich kostengünstiger) – grassiert genauso bei Bürgerlichen und Liberalen. Naturgemäss am ehesten bei Bürgerlichen in Diensten des Staates.



Und das meint Walti: Wenn du tot bist, dann weisst du nicht, dass du tot bist. Aber es ist schwer für die andern. Genau so ist es, wenn du blöd bist.

Richard Altorfer